

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 1/2 Mark.

Verantwortlich: Dr. Heinrich Schölerer, Leipzig, Postfach 100. — Druck: Dr. Heinrich Schölerer, Leipzig, Postfach 100.

Telegraphische Anzeiger: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 100.

Nr. 195

Sonnabend, den 22. August 1931

26. Jahrgang

Im Gegensatz zu Basel:

Zollpläne in England

10 Prozent Zoll auf Lebensmittel und Fertigwaren

Berlin, 20. August. Der in England neuerdings sehr ernsthaft erörterte Gedanke, einen Zoll von 10 v. H. auf Lebensmittel und Fertigwaren einzuführen, findet in wirtschaftlichen und politischen Kreisen in Deutschland selbstverständlich die stärkste Beachtung, denn man sagt nicht zu viel, wenn man feststellt, daß die gesamte internationale Wirtschaftspolitik von der Durchführung eines solchen Planes in hohem Maße beeinträchtigt werden würde. Wenn England mit einem solchen Schritt zum Schutzoll übergehen würde, so wären weitreichende Folgen zu erwarten. Man weiß nicht, wie z. B. Holland mit seinem bisher aufrechterhaltenen Freihandelsystem darauf reagieren würde oder wie sich die Rückwirkungen in den anderen davon betroffenen Ländern gestalten würden.

Ein derartiger Systemwechsel der Engländer würde außerdem das glatte Gegenteil derjenigen Bedankengänge bedeuten, die in der internationalen Diskussion der letzten Jahre auf diesem Gebiete immer wieder in den Vordergrund gestellt wurden. Er würde auch im Gegensatz zu den bisherigen Genfer Zollabmachungen stehen. Ebenso würde ein Widerspruch zu den Empfehlungen des soeben veröffentlichten Basler Berichtes festzustellen sein.

Amerika und die Empfehlungen der Sachverständigen

Washington, 20. August. Im Staatsdepartement neigt man gegenüber den Empfehlungen des Wiggins-Ausschusses zu der Ansicht, daß der gesamte Fragenkomplex einer sorgfältigen Prüfung von taktisch-politischen Gesichtspunkten aus bedürfe und man gegenwärtig nicht in der Lage sei, irgendeinen formellen Schritt anzufordern. Man glaubt, daß es sich empfehle, dem am 20. Juni proklamierten Hoover-Plan, der ja sowohl die Kriegsschulden wie die Reparationen umfaßt und erstmals in der Geschichte der amerikanischen Nachkriegspolitik die beiden Konten in Verbindung miteinander brachte, Zeit zur ruhigen Auswertung zu geben. Hierzu kommt, daß Staatssekretär Stimson, der sich über die europäische Lage aus erster Hand informiert, nicht vor dem „Doborday“, also nicht vor dem 8. September zurückwartet wird und keine definitiven Pläne gefaßt werden dürfen, bis er im Weißen Hause einen mündlichen Bericht erstattet hat. Aus diesen Gründen wurden europäische Meldungen über eine neue internationale Konferenz hier als verfrüht bezeichnet. Insbesondere erklärte man auch im Staatsdepartement, daß ein angeblicher Plan, die Kriegsschulden durch Herabsetzung des Zinsfußes zu verringern, hier nie erwogen worden sei. Zu der angeblichen Meldung der Londoner Zeitung „Daily Herald“, daß Präsident Hoover bereits einen neuen Plan für die Lösung der internationalen Finanzprobleme ausgearbeitet habe, wurde erklärt, daß der „Daily Herald“ nicht das Sprachorgan der amerikanischen Regierung sei.

Das amerikanische Bankier-Stillhaltekomitee zusammengetreten

New York, 20. August. Nachdem heute der ausführliche Text des Dayton-Berichtes vorliegt, ist das diesjährige Bankierkomitee für die Stillhaltung der deutschen Kredite zusammengetreten, um die im Bericht angeführten Empfehlungen einer Beratung zu unterziehen. Zwar wird das Ergebnis der Besprechung nicht bekanntgegeben; die Associated Press glaubt aber zu wissen, daß irgendeine Meinungsverschiedenheit über den Plan des Wiggins-Komitees nicht zu erwarten sei. Diese von der Associated Press vertretene Ansicht stützt sich auf ihre Kenntnis des Umstandes, daß Wiggins seit Beginn der Baseler Beratungen mit den höchsten interessierten Bankiers häufig Fühlung genommen hat und infolgedessen in der Lage war, den Einwänden der Amerikaner gegen Einzelheiten des Planes von vornherein Rechnung zu tragen.

„Washington Herald“ zum Baseler Ergebnis

Washington, 20. August. Die Abendblätter bringen einen offiziellen Auszug aus dem Baseler Bericht, zu dem „Washington Herald“ bemerkt, daß sein Inhalt einen vollen Erfolg für die Regierung drüben

Finanzgoll handle, aber diese Charakterisierung ist unzutreffend, denn bei Lebensmitteln und Fertigwaren handelt es sich zum großen Teil um Produkte, die in England ebenfalls hergestellt werden und für die demnach kein Finanzgoll sondern ein ausgesprochener Schutzoll in Frage kommt. Denn Finanzgolle gelten im allgemeinen für solche Waren, die nicht im eigenen Lande hergestellt werden. Die handelsvertraglichen Beziehungen Englands zu den anderen Staaten, insbesondere zu Deutschland, würden zwar, weil das Reichbegünstigungssystem nicht verletzt werden würde, durch einen solchen Übergang Englands zum Schutzoll nicht berührt werden, aber die handelspolitischen Auswirkungen anderer Art würden außerordentlich weitgehen, und deshalb mißt man in maßgebenden Kreisen in Berlin dieser Angelegenheit die allergrößte Bedeutung bei.

London, 20. August. MacDonald und Snowden empfangen heute am Vormittag die Führer der Opposition, um ihnen die Vorschläge zur Ausgleichung des Budgets zu unterbreiten, auf die sich der Ministerrat gestern geeinigt hat. Wie verlautet, soll hierbei wieder von dem 10prozentigen Einfuhrzoll gesprochen worden sein, gegen dessen Einführung bekanntlich die Führer der Liberalen protestieren.

darstelle, einen Erfolg, der umso bedeutungsvoller und bemerkenswerter sei, als diesmal sogar Vertreter Frankreichs für die Revision der Reparationen vorbehaltlos eingetreten seien. Zu diesem Einklenken Frankreichs habe, so schreibt das Blatt, zweifellos die Ablehnung des Volkseinkaufes in Preußen sehr viel beigetragen. Die Ablehnung setze, daß das deutsche Volk keine Veränderung der gegenwärtigen sachlichen Politik wünsche.

Berichterstattung Flandins

Aber die Ergebnisse der Londoner Sachverständigen-Konferenz

Paris, 20. August. An dem Ministerrat, der heute vormittag im Chisee unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehalten wurde, hat Außenminister Briand nicht teilgenommen. Finanzminister Flandin erstattete einen Bericht über die Londoner Sachverständigenkonferenz und unterbreitete das Schlußprotokoll dieser Konferenz. Der Budgetminister Pietri referierte über die budgetäre Lage und die vorbereitenden Arbeiten für das Budget des nächsten Jahres. Zum Vertreter Frankreichs im Unterausschuß der Europakommission, der am 31. August in Genf zusammenzutreten soll, wurde Francois Doucet bestimmt. Auf Vorschlag des Handelsministers wurde die Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der internationalen Ausstellung von Chicago 1933 angenommen.

Die tschechische Stillhaltung

Berlin, 20. August. Aus Prag meldet das „S. T.“, die tschechischen Banken werden sich dem Baseler Abkommen über die Stillhaltung anschließen. Es handelt sich insgesamt um Forderungen von rund 450 Millionen Kronen, die teils aus kurzfristigen Darlehen, teils aus direkten Markforderungen stammen. Ungeklärt erscheint noch die Rechtslage der Markforderungen der tschechischen Exporteure, die wesentlich höher sind wie die Bankforderungen.

Kommt nun die Schuldenrevision?

Frankreich hat das Wort

„La République“ zum Baseler Bericht

Paris, 20. August. Zu dem Ausgang der Baseler Verhandlungen schreibt das Organ Daladiers. „La République“: Die Bewilligung mittel- und langfristiger Kredite an Deutschland und die Mobilisierung kurzfristiger Kredite sind nur Hilfsmittel, die das Ueberleben schwieriger Zeiten erleichtern können, die aber die Lage nicht wieder festigen und auch nicht eine Garantie gegen neue gefährliche Erhöhungen sein wer-

Reichsreform durch Notverordnung

Berlin, 21. August. Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Wschhoff veröffentlicht im neuesten Heft des „Deutschen Volkswirts“ den Entwurf zur Reichsreform, der nach den Beschlüssen der Länderkonferenz von einigen ihrer Mitarbeiter ausgearbeitet worden ist.

Im Anschluß daran schlägt Höpfer-Wschhoff eine gemeinsame Führung und eine Verwaltungsgemeinschaft auf den wichtigsten Gebieten für Reich und Preußen vor. Im einzelnen führt der Minister aus: Der preussische Innenminister wird gleichzeitig Reichsinnenminister. Das Reich übernimmt die Polizeiverwaltung und die Gemeindeaufsicht in Preußen. Dies kann durch Notverordnung verfügt werden, weil der Artikel 46 in Satzteil dem Reichspräsidenten das Recht gibt, nicht nur die Befugnisse des Reichsregierers und des Landesregierers auszuüben, sondern auch die Landesverwaltung an sich zu nehmen. Da das verfassungsmäßige Geleit Monate erfordern würde und ein sofortiges Handeln geboten ist, sind die Voraussetzungen des Artikels 46 für eine vorläufige Regelung bis zur Verabschiedung des verfassungsmäßigen Reichsgesetzes gegeben.

Der Reichsjustizminister übernimmt die Leitung der preussischen Justizverwaltung. Auch dies kann durch Notverordnung verfügt werden in der Form, daß die Reichsregierung die Leitung der Justizverwaltung für das Land Preußen ausübt. Die preussische Steuerverwaltung geht auf das Reich über. Dieser Übergang kann auf Grund der Reichsabgabensatzung durch einen preussischen Antrag ohne weiteres herbeigeführt werden. Der Reichsinnen- und der Reichsjustizminister würden alsdann gleichzeitig Mitglieder des preussischen Kabinetts sein, und der preussische Ministerpräsident müßte als Vizekanzler in das Reichskabinett eintreten. Diese wechselseitigen Bestellungen können ohne Gesetzesänderung vor sich gehen.

Zum Rücktritt von Dremwig

Dresden, 20. August. Der „Sachsendienst“, die der sächsischen Wirtschaftspartei nahestehende Korrespondenz, schreibt zum Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden der Wirtschaftspartei, Dremwig, u. a. folgendes:

Der Rücktritt Dremwig von der Führung der Wirtschaftspartei im Reich räumt dieserlei Hindernisse beseitigt, die der gesunden Führung einer aktiven Wirtschaftspolitik bisher im Wege standen. Dremwig hat durch sein langes Jähren und durch seine Starrköpfigkeit weder sich selbst einen guten Dienst erwiesen, noch der wirtschaftsparteilichen Bewegung. Es kommt jetzt alles darauf an, welches Programm Dr. Dremwig für die Wirtschaftspartei durchzuführen will, bzw. ob er gewillt ist, eine wirklich aktive Politik zu leiten. Wir wollen eine verantwortungsbewusste Führung, die einen Wechsel des politischen Systems als klare Notwendigkeit erkennt und einer Nationalwirtschaft einen bestimmten Vorrang vor der internationalen Wirtschaft einräumt, ohne die unbedingt notwendigen Verbindungen mit dem internationalen Charakter der Wirtschaft zu verkennen. Der Kampf um die Erhaltung und Festigung des Persönlichkeitswertes, des Eigentumbegriffes, des Individualismus muß viel schärfer betont werden und zum Ausdruck kommen, als dies in den ganzen zwölf letzten Jahren der Fall gewesen ist. Revolutionäre Tendenzen auf wirtschafts- und kapitalpolitischem Gebiete sind abzulehnen. Revisionistische Tendenzen müssen erkannt und ohne Schaden für gesunde Individualismus geleitet werden.

Der „Angriff“ auf acht Tage verboten

Berlin, 20. August. Der Reichspräsident teilt mit: Die Tageszeitung „Der Angriff“ ist auf Grund des § 2 der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen bis 20. August einschließlich verboten worden. Das Blatt hat in sensationeller Form die Behauptung aufgestellt, daß Reichsbannerleute als Täter für das Eisenbahnterroratentat von Jüterbog in Frage kämen. Diese Behauptung, die mit den politischen Ermittlungen in der Jüterbog-Attentatsache in keiner Weise übereinstimmt, stellt eine so außergewöhnliche Verletzung der auch im politischen Kampf zu beachtenden Grenzen dar, daß eine erhebliche Gefährdung der Sicherheit und Ordnung als vorliegend erachtet werden muß. Aus diesen Gründen ist das erwähnte Verbot erfolgt. Bemert sei noch, daß unter den vielen Hundert Spuren, die in der Attentatsache Jüterbog verfolgt werden, keine einzige vorhanden ist, die auch nur andeutungsweise in der vom „Angriff“ behaupteten Richtung liegt.

den. Das Problem ist ein organisches, es betrifft gleichzeitig den Youngplan, also die Reparationen und die interalliierten Schulden und die europäische Solidarität, also die europäische Wirtschaftsunion und die Abstützung. Aus Washington kann und muß die einzige Lösung für das Schuldenproblem kommen. Die einjährige Vertagung dieser Schulden hat bereits günstige Rückwirkungen gehabt, ohne den Gläubigerstaaten Abbruch zu tun. Das wird zweifellos ein Ansporn dafür sein, die einzig vernünftige und endgültige Lösung in Aussicht zu nehmen, nämlich zerlöse Staat-